



MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.

# Breslauer



# Beitrag.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

N<sup>o</sup> 78.

Sonnabend den 1. April

1843.

## \* \* Uebersicht.

**Inland.** In der Versammlung vom 20. März des schlesischen Provinzial-Landtags wurden die Propositionen IX (diese mit einer Abänderung), XI und XII \*) angenommen, und hierauf ein Gesuch: die Beschleunigung des Erlasses einer in Aussicht gestellten Deklaration des § 23 des Patents vom 15. November 1816 bei Sr. Maj. dem Könige in Antrag zu bringen, gewährt. Ferner wurde beschlossen: bei Seiner Majestät darauf anzutragen, die Wechselfähigkeit für jeden eintreten zu lassen, welcher Verträge zu schließen berechtigt sei — und: daß die Revision des Wechselrechtes beschleunigt werden möge. In den Sitzungen vom 22. und 23. März wurde die Proposition X mit der Modifikation angenommen, an Se. Majestät die Bitte zu richten, das Gesuch der Deutscher Dyhernfurch um Verleihung der Städteordnung nochmals durch die betreffenden Behörden prüfen zu lassen, ehe die Allerhöchste Entscheidung erfolge. Die Proposition VII wurde angenommen. Von den zum Vortrage gekommenen und vom Landtage berücksichtigten Petitionen sind folgende zu erwähnen: das Ausscheiden der Stadt Striegau aus ihrem bisherigen und Verlegung in einen anderen Wahlbezirk; das Gesuch an Se. Majestät zu richten: Conventionen wegen einer allgemeinen portofreien Rubrik und in Bezug des Zwanges, zu portofreier Absendung der Briefe mit denjenigen Staaten, mit denen derartige Conventionen noch nicht bestehen, abschließen zu lassen; Bildung von besonderen Handelsgerichten und baldige Emanation eines Handels-Gesetzbuches. Am 24. März erfolgte die Wahl der Mitglieder zu dem ständischen Ausschuss. Am 25. März erklärte sich der Landtag bei Berathung über die Proposition V einstimmig dafür, daß es für wünschenswerth gehalten werden müsse, wenn die Verordnung vom 18. Dez. 1841 in Betreff der bürgerlichen Rechte bescholtener Personen in allen mit der Städteordnung belehnten Städten eingeführt werde; ferner in einer Adresse darauf anzutragen, daß solche Gemeine-Mitglieder ländlicher Kommunen, welche wegen Kriminal-Verbrechen verurtheilt worden, fortan durch das Ortsgericht mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde ihres Stimmrechts bei allen Arten von ländlichen Gemeine-Versammlungen so wie der Wählbarkeit zu Kommunal-Ämtern verlustig erklärt werden sollten; und daß der Erlass des Gewerbepolizei-Gesetzes beschleunigt werden möge. Hierauf wurde zu Folge der Proposition XIII ein Ausschuss zur Theilnahme an den Verhandlungen über die Regulirung des Landarmenwesens gewählt. — In der 5ten Plenar-Sitzung des Landtages für die Provinz Preußen wurde die Proposition in Betreff des Verkaufs der Früchte auf dem Palm berathen und angenommen. Ferner beschloß man zufolge einer Petition (die endliche Regulirung des Servises in den kleinen Städten betreffend) diesen Gegenstand, welcher nach der Erklärung des Staatsministeriums zur Erörterung vorliege, mit der Bitte um Beschleunigung Allerhöchsten Orts in Anregung zu bringen. In der Sitzung vom 18. und 20. März fasste man zufolge einer andern Petition den Beschluß, bei Sr. Majestät zu beantragen, daß der § 6 der Verordnung vom 29. März 1829 aufgehoben und feste, angemessene Normen für die Ermittlung des Ablösungs-Kapitals bei fiskalischen Jagden für die Provinz oder einzelne Landestheile aufgestellt würden. In der 6ten Plenar-Versammlung sowie am 21. März debattirte man über das neue Strafgesetzbuch. — In den Plenar-Sitzungen des 13. und 14. März des Landtages für die Provinz Westphalen wurde der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches beendet und (mit einigen Abänderungen und Amendements) angenommen. — Bei dem Landtage für die

Provinz Pommern begann man über den Strafgesetzentwurf in der 5ten Sitzung die Berathung, und schloß in der 6ten Sitzung die Debatte über den ersten oder allgemeinen Theil desselben. Auch hier wurden einzelne Amendements zu verschiedenen Fragen gemacht. — Bei dem Provinzial-Landtage für Brandenburg hat man ebenfalls die Berathung über dem Entwurf des Strafgesetzbuches begonnen, und mehrere Aenderungen beschlossen. Von diesen erwähnen wir nur: daß unter den in Anwendung zu bringenden Strafen auch die Deportation erwähnt werden solle; die längste Dauer der Gefängnis-Strafe sei auf drei Monate (statt eines Jahres) festzusetzen; körperliche Züchtigung sei auch bei dem weiblichen Geschlecht anzuwenden. (Die Mehrheit der Abgeordneten bei dem Landtage für die Prov. Preußen hat dagegen für Abschaffung körperlicher Züchtigung überhaupt gestimmt.) — Bei der fernern Berathung des Landtags für die Provinz Sachsen über den Strafgesetzentwurf kam man auf die wichtige Frage wegen Bestrafung des Ehebruchs. Entschieden wurde: daß der Ehebruch mit einer Kriminal-Strafe (und zwar bei einer Frau mit strengerer, als bei dem Manne) zu belegen sei, aber nur dann, wenn er eine Trennung von Tisch und Bett oder Ehescheidung zur Folge hat, jedoch dürfe die Strafe noch nicht in dem Scheidungs-Urtheil ausgesprochen werden.

Bei dem diesjährigen großen Militär-Avancement, welches zufolge einer Allerhöchsten Kabinettsordre vom 22. März stattfindet, wurden 7 General-Lieutenants, ebensoviel General-Majors, 18 Obersten, 28 Oberst-Lieutenants zc. ernannt. — Die hohe Landesregierung soll Willens sein, eine direkte Eisenbahn von Frankfurt a. d. D. nach Posen im Anschluß an die Berlin-Frankfurter Bahn selbst zu bauen, und die betreffenden Verhandlungen mit dem technischen Direktor letztgenannter Bahn bereits angeknüpft haben. — Der Administrationsrath der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft hat die vom Staate angebotene Hilfe angenommen. Dies Anerbieten besteht in der Zinsengarantie Seitens des Staates für ein Prioritäts-Anlehen von 1 1/4 Mill. Thaler, womit zunächst die Bahn von Aachen bis zur belgischen Grenze und eine kurze Strecke Doppelbahn fertig gemacht werden soll, bevor die Gesellschaft aus dem Ertrage dieses Anlehens die Schulden der Gesellschaft oder anderweite Ausgaben für Betriebsmaterial, für Fertigstellung der Bahnanlagen zwischen Köln und Aachen u. s. w. bezahlt werden dürfen. — Se. K. H. der Prinz Adalbert von Preußen ist von seiner Reise aus Brasilien (über Lissabon und London) wohlbehalten in Berlin eingetroffen.

**Deutschland.** Die Kammer der Reichsräthe zu München hat den Antrag, die Gewährung einer vollständigen Civil-Gesetzgebung betreffend, mit der Modifikation angenommen, in die Bitte an Se. Majestät einfließen zu lassen, daß bei Bearbeitung dieser Gesetzbücher die Mündlichkeit und Deffentlichkeit des Verfahrens in Erwägung zu ziehen sei. — In der zweiten Kammer zu Leipzig gab der Minister des Innern eine Mittheilung über die Veranstaltungen, welche zur Linderung des in einigen Gegenden des Landes herrschenden Nothstandes getroffen worden sind. Mangel an Absatz der dortigen Fabrik-Erzeugnisse, so wie der ungünstige Ausfall der vorjährigen Ernte seien die Ursachen dieses Nothstandes. Um diesen einigermaßen zu lindern, seien von Seiten des Staates 3 Maßregeln getroffen worden, nämlich: a) Brotvertheilung, b) Beschaffung und künftige unentgeltliche Vertheilung von Saamen-Kartoffeln; und c) Veranstaltung zu Beschaffung von Arbeit beim Straßenbau, in den Staatsforsten und bei dem Bause der Eisenbahn. Am 21. März brachte ebendasselbe der Abgeordnete von Gahlenz eine Petition ein, welche die Anträge in sich schließt: daß die Regierung für Absatzwege der Fabrikate sächsischer Industrie Sorge tragen und dann bei dem hohen Deut-

schen Bunde Schritte thun möge, welche eine Förderung des gemeinsamen deutschen Handels und der Industrie bezwecken. — Herr Brockhaus zu Leipzig wird an die Stelle der Leipziger Allg. Ztg. ein neues Journal unter dem Namen: „Deutsche Allgemeine Ztg.“ treten lassen. Dies Blatt erscheint mit dem heutigen Tage (1. April) zum erstenmal, und hat zum verantwortlichen Redakteur Herrn Prof. Bülow. Man hofft, daß künftig dieses Journal in Preußen wird bezogen werden dürfen. — Zwischen Sachsen und Oesterreich ist eine Postkonvention abgeschlossen worden, welche namentlich die Einführung der gegenseitigen Frankirungs-Freiheit und die Feststellung möglichst billiger Briefportofätze, zu Erleichterung des Verkehrs, betrifft.

**Großbritannien.** Se. Kgl. Hoh. der Prinz Adalbert von Preußen ist von Brasilien (über Lissabon) in London eingetroffen; am portugiesischen Hofe hatte der Prinz eine freundliche Aufnahme gefunden. — Die Bemühung der britischen Regierung, Frankreich zu bewegen, die Zölle auf englisches Leinen herabzusetzen, ist gescheitert.

**Frankreich.** Tahiti ist wirklich von den Franzosen in Besitz genommen worden, die betreffende Konvention zwischen dem Admiral Thouars und der Königin Pomare hat man bereits in Paris empfangen. — Am 20. März hatte in der Pairs-Kammer die Debatte über die geheimen Fonds begonnen, und das Ministerium mußte sich nun auch hier gefallen lassen, daß seine Politik sowohl in Bezug auf die äußeren als inneren Angelegenheiten einer nochmaligen scharfen (wenn auch nicht immer wohl begründeten) Kritik unterworfen wurde. Am folgenden Tage wurde, wie es zu erwarten stand, der Gesetzentwurf angenommen, und zwar mit einer Majorität von fast 100 Stimmen. Nicht glücklicher ist die Opposition in der Deputirtenkammer gewesen, indem hier zwei Anträge derselben verworfen wurden; nämlich der Antrag des Herrn Duvergier auf offene Abstimmung und ein Antrag des Herrn von Sade hinsichtlich der Beamten-Ausscheidung aus den Reihen der Deputirten.

**Spanien.** Der Infant Francisco de Paula ist in Saragossa zum Deputirten ernannt worden; dem Regenten dürfte diese Wahl einige Verlegenheit bereiten.

**Belgien.** Der Minister des Auswärtigen erklärte am 20. März (bei Gelegenheit einer Kammer-Debatte über die Wahlumtriebe): daß man neue Handelsverbindungen mit Frankreich, Spanien und Holland angeknüpft habe. In Betreff der, gegen das Kabinet erhobenen Vorwürfe, daß man Preußen Zugeständnisse gemacht habe ohne Ersatz, könne er sich zwar heute noch nicht bestimmt erklären, doch werde man vielleicht schon in einigen Tagen den Beweis erhalten, daß das angebliche Entgegenkommen belgischer Seits nicht umsonst gewesen sei.

**Osmanisches Reich.** Der Pforten-Minister für die auswärtigen Angelegenheiten hat dem englischen Gesandten erklärt, der türkischen Regierung sei es eben so wenig eingefallen, die Distrikte von Oschabail mit dem Paschalt von Tripolis zu vereinigen, als den Bewohnern des Libanon einen höheren Tribut aufzuerlegen. Die Pforte werde sich hinsichtlich der Drusen und Maroniten nur die Wünsche der hohen Mächte zur Richtschnur ihres Verfahrens nehmen. (Wenn nur auch die Handlungsweise mit diesen schönen Worten übereinstimmte!) Von einer Wiedereinsetzung der Familie des Emir Beschir scheint dagegen die türkische Regierung nichts wissen zu wollen, obwohl sie eben so sehr den Wünschen der Großmächte, als den Verhältnissen des Landes angemessen wäre. — Die Vorfälle zu Kerbelah (vergl. die Uebersicht in Nr. 54 der Bresl. Ztg.) haben den persischen Schach so verlegt, daß er sich das Ansehen giebt, als wolle er die Feindseligkeiten mit der Türkei von neuem beginnen. Der Divan scheint sich

\*) Vergl. unter andern die „Uebersicht“ in Nr. 60 der Bresl. Ztg., wo der Inhalt dieser Propositionen kurz angegeben ist.

jedoch hieraus wenig zu machen, der englische Botschafter aber wendet Alles an, um einem Ausbruche des Krieges vorzubeugen. — Eine Kommission nichtunirter griechischer Geistlichen aus Syrien ist auf der Reise nach Rußland begriffen, um dort für ihre Kirche Geldsammlungen zu veranstalten.

**Landtags-Angelegenheiten.**

Provinz Brandenburg.

Berlin, 28. März. (Fortsetzung der Berathungen über das Strafgesetzbuch.) — Vierte Plenar-Versammlung. Im § 79 des Entwurfs wird bestimmt, daß Kinder bis zum vollendeten 12ten Jahre als zurechnungsfähig den gesetzlichen Strafen nicht unterworfen sein und vorkommendenfalls nur der Polizei überwiesen werden sollen, damit deren Züchtigung durch die Eltern bewirkt oder andere Zucht- und Besserungs-Mittel angewendet werden, und im § 112 wird ferner festgesetzt, daß Verbrecher, welche das 12te Jahr zwar vollendet, aber das 16te noch nicht zurückgelegt haben, mit geringeren Strafmaßen belegt werden sollen als Erwachsene. Das Gesetz theilt demnach das menschliche Alter rückwärts der Bestrafung von Verbrechen in Abschnitte: a) vom zurückgelegten 16ten Jahre ab tritt die volle, b) vom 12ten bis 16ten eine ermäßigte und c) bis zum beendigten 12ten Jahre gar keine Kriminalstrafe ein. — Es ward über einzelne in Vorschlag gebrachte Abänderungen des Entwurfs abgestimmt, die Stimmenmehrheit entschied sich indeß für die unveränderte Beibehaltung des Paragraphen.

Die Paragraphen 84 und folgende handeln von der Nothwehr. Handlungen, im Zustande rechter Nothwehr begangen, sollen straflos, dieser Zustand aber dann vorhanden sein, wenn Jemand bei einem rechtswidrigen Angriffe gegen seine Person, Ehre oder Vermögen auf den augenblicklich nöthigen Schutz der Obrigkeit mit Gewißheit nicht rechnen kann und ihm außer der gewaltsamen Selbstvertheidigung kein anderes sicheres Mittel zu Gebote steht, den ihm drohenden Schaden abzuwenden; dabei soll es keinen Unterschied machen, ob die Nothwehr zur Abwendung eines angebrohten oder begangenen Angriffs oder selbst zur Wiedererlangung von Sachen, deren der Angreifende sich schon bemächtigt hat, stattfindet. — Der Ausschuss hatte hier auf die im § 195 behandelte Lehre von der Selbsthilfe hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, wie die Trennung zweier so nahe verwandter Materien nicht räthlich erscheine; durch eine Zusammenstellung beider Schutzmittel werde deren charakteristische Unterscheidung deutlicher, als im Entwurf gesehen, hervortreten; diese sei aber darin zu finden, daß die Nothwehr nur zur Abwehrung eines gegenwärtigen (schon begonnenen oder auch nur unzweideutig angebrohten), rechtswidrigen Angriffes zulässig sei, während die Selbsthilfe auch dann, wenn der Angriff schon sein Ziel erreicht habe, ohne Beschränkung auf einen gewissen Zeitraum zulässig sein müsse, sofern kein anderes Mittel vorhanden sei, um die Folgen des verübten rechtswidrigen Angriffes rückgängig zu machen. Daran ward der Antrag geknüpft, die Bestimmungen darüber, in welchen Fällen Selbsthilfe erlaubt sei, in den allgemeinen Theil des Gesetzbuches aufzunehmen und mit denen über die Nothwehr zu verbinden. Bei der Diskussion ward diese Ansicht noch vom allgemeinen Standpunkt aus begründet: das natürliche Recht erlaube sowohl Nothwehr als Selbsthilfe unbeschränkt, durch das Eintreten in den Staatsverband verzichte man auf beide Schutzmittel und übertrage das Recht und die Pflicht dieses Schutzes auf die Staats-Gewalt; wo nun der Staat denselben nicht gewähren könne, — aber auch nur da, — wache das natürliche Recht auf jene Schutzmittel wieder auf, daher sei die Bedingung der Zulässigkeit rechtlich bei der Selbsthilfe genau dieselbe wie bei der Nothwehr, faktisch aber der Fall der letzteren um deshalb häufiger, weil im Moment des Angriffes die Hilfe des Staats öfter mangeln werde, als da, wo es sich nur um Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes nach vollbrachter Beschädigung handle. — Bei der Abstimmung trat die Majorität der Versammlung dem Antrage des Ausschusses bei, obschon die Anordnung des Entwurfs von mehreren Seiten unterstützt und ausgeführt wurde, wie nahe auch Nothwehr und erlaubte Selbsthilfe mit einander verwandt sein möchten, so wären doch beide nach den Gesichtspunkten, von welchen sie aufgefaßt werden müßten, ganz bestimmt zu trennen; der Zustand rechter Nothwehr habe die Folge, daß die darin begangenen Handlungen, wenn sie unter anderen Verhältnissen Strafe nach sich ziehen würden, straflos bleiben, und insofern gehöre diese Lehre ganz unstreitig in den allgemeinen Theil des Strafrechts, unerlaubte Selbsthilfe dagegen sei ein spezielles Vergehen; eine an sich nicht strafbare Handlung werde es in gewissen Fällen um deshalb, weil sie mit Vorbeziehung der Obrigkeit ausgeführt worden; diese Lehre müsse im speziellen Theile des Strafrechts und dabei auch die Ausnahme, die erlaubte Selbsthilfe, abgehandelt werden; dadurch, daß man das Feld der Nothwehr, wie es der Entwurf abgränze, nach dem Vorschlage des Ausschusses in zwei Theile sondere und den einen nur für Nothwehr anerkennen, den anderen der erlaubten Selbsthilfe überweisen wolle, würden die Befugnisse zur Vertheidi-

gung angegriffener, oder beeinträchtigter Rechte insofern wesentlich beschränkt, als bei der Selbsthilfe eine strenge Kritik der Mittel, deren sich zu bedienen gestattet sei, geübt werde, welche für den Zustand der Nothwehr nicht vorzuschreiben sei und zum Schutze des unrechtmäßig Beeinträchtigten auch nicht eintreten dürfe.

In § 90 ist vorgeschrieben, daß die unterlassene Anzeige von einer im Zustande der Nothwehr verübten Tödtung oder erheblichen Verwundung mit Geldbuße oder Gefängnißstrafe gerügt werden solle; die Mehrzahl der Versammlung war indeß der Ansicht, daß eine solche Unterlassung nicht mit Geld gesühnt werden dürfe und die Geldstrafe daher hier auszuschließen sei.

In § 95 ist für den Fall, daß bei Abfassung eines Erkenntnisses übersehen worden, den durch das Verbrechen zugleich verwirkten Verlust der Ehrenrechte einer Pension oder die Stellung unter polizeiliche Aufsicht auszusprechen, angeordnet, daß dies durch ein nachträgliches Erkenntniß nachgeholt werden müsse. — Hierin wollte man von einigen Seiten eine Härte gegen den Inculpanten erkennen und meinte, diese könne vermieden und der Zweck doch erreicht werden, wenn der Staat in Auswahl und Kontrolle der Richter sorgsam sei; schließlich erklärte sich die Majorität dahin, rücksichts der Ehrenstrafen, weil diese notwendige Folge der Natur des Verbrechens sein, den Paragraphen beizubehalten, den sonstigen Inhalt aber wegfällen zu lassen. — Die Frage, ob bei Verbrechen, welche mit Todesstrafe bedroht sind, die Verjährung ausgeschlossen sein solle, ward mit der Maßgabe bejaht, daß nach Ablauf von 25 Jahren nicht mehr auf Todesstrafe, sondern nur auf Freiheits-Beraubung erkannt werden solle.

Bei § 107, Nr. 4 ward der Antrag gemacht, daß unter denjenigen bestrafbaren Orten, welche erhöhte Strafbarkeit der daselbst verübten Verbrechen bedingten, neben Kirchen und landesherrlichen Schlössern auch die Dienst-Lokale obrigkeitlicher Behörden genannt werden sollten; derselbe fand jedoch keine genügende Unterstützung, weil den in diesen Lokalen beschäftigten Beamten schon durch anderweite Bestimmungen des Strafgesetzbuches der erforderliche Schutz gewährt werde und ein in jenen Lokalen gegen andere Personen begangenes Verbrechen nicht denjenigen Treveln gleichgestellt werden könne, bei welchen außer den Beteiligten zugleich die Achtung vor der Religion und dem Landesherrn verletzt werde.

Der zweite Titel handelt von den Polizei-Vergehen, und § 127 schreibt vor, daß als solche nur diejenigen Handlungen oder Unterlassungen zu bestrafen seien, welche Gesetze oder obrigkeitliche Verordnungen dafür erklären. Von einer Seite ward diese Fassung als zu unbestimmt angegriffen und darauf hingewiesen, daß, um dem Publikum einen Schutz gegen Mißgriffe und Willkürlichkeiten einzelner Lokal-Polizei-Behörden zu gewähren, diejenigen obrigkeitlichen Verordnungen, deren Verletzung strafbar sein sollen, genauer bezeichnet und überhaupt den Polizei-Behörden über die Ausdehnung ihrer Befugnisse eine besondere Instruktion gegeben werden müsse. Die Versammlung theilte indeß dies Bedenken nicht, war vielmehr der Ansicht, daß bei der Definition eines Polizei-Vergehens auf irgend mögliche Mißgriffe einzelner Behörden nicht Rücksicht zu nehmen könne, vielmehr anzunehmen sei, daß diese die Gränzen ihrer Befugnisse kennen und beachten, dieselben zu bezeichnen, sei jedenfalls das Kriminal-Recht nicht der Ort.

Bei § 138 ward als Verjährungs-Frist für Polizei-Vergehen ein dreimonatlicher Zeitraum für genügend erachtet und einem solchen der Vorzug vor der im Entwurf vorgeschriebenen sechsmonatlichen gegeben.

Provinz Preußen.

Königsberg, 22. März. In der neunten Plenar-Versammlung kam bei § 141 des 1. Titels zweiten Theils des Gesetzentwurfs zum Straf-Gesetzbuch, welcher vom Hochverrath handelt, die bei der Berathung über die Todesstrafe mit großer Uebereinstimmung ausgesprochene Ansicht, daß dieselbe im Allgemeinen nur, und ausschließlich für den Mord beibehalten werden dürfe, erneut zur Sprache. Diese Ansicht fand wiederum den allgemeinsten Anklang, nicht minder aber die Meinung, daß hiervon jedenfalls eine Ausnahme stattfinden müsse, wo es sich um eine Gefährdung des Lebens oder der Freiheit des Königs handle. Bei Verbrechen dieser Art glaubte der Landtag für die Beibehaltung der Todesstrafe stimmen zu müssen, um dadurch eben sowohl der eigenen Ueberzeugung, als dem im ganzen Volke unzweifelhaft tief wurzelnden Begriffe von der Unverletzbarkeit des Königs zu entsprechen, nach welchem ein Verbrechen gegen dieselbe unendlich strafwürdiger als der Mord gehalten werde. Bei allen übrigen in diesem Titel mit der Todesstrafe belegten Verbrechen glaubte man von derselben abstrahiren zu müssen. Bei § 142, welcher mehrere Vergehungen gegen den deutschen Bund dem Hochverrath gleichstellt, erhoben sich Bedenken. Der Begriff des Vaterlandes und der Majestät stehe sehr hoch, und jeder Staatsbürger fühle es deutlich, daß man nur einen König und Herrn habe, gegen den man ganz andere und heiligere Pflichten schulde, als in jedem andern Verhältnisse zur Sprache kommen können. Dieses Gefühl sei gewiß ein Gemeingut aller Preuss-

schen Provinzen. Bei denjenigen Provinzen aber, welche nicht zum Deutschen Bunde gehören, trete in dieser Beziehung noch eine viel weniger enge Anschließung an dieselbe ein, und es scheinen daher sowohl im Allgemeinen, als mit besonderer Beziehung auf diese die Bestimmungen des § 180, welcher feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten betrifft, für den vorliegenden Fall zu genügen. Diesen Bedenken schloß sich die Versammlung an. Der § 143 b. erklärt das Verbrechen des Hochverraths für vollendet, wenn ein Angriff zu dessen Verübung mit einer oder mehreren Personen bereits verabredet ist. Hiermit konnte sich der Landtag nicht einverstanden erklären, und beschloß auf Weglassung dieser Bestimmung anzutragen. Der § 145 setzt auf eine Aufforderung zu einem hochverrätherischen Angriff durch Rede oder Schrift, wenn dieselbe die Unternehmung des Angriffs nicht zur Folge hat, zehnjährige bis lebenswährende Zuchthausstrafe. Man beschloß, eine Milderung dieser Strafe auf ein Jahr bis zu zehn Jahren Festungsstrafe zu beantragen, so wie die Verwandlung der Zuchthausstrafe in Festungsstrafe bei dem § 147, welcher sich auf Handlungen bezieht, die als Vorbereitung eines nicht zur Vollendung gekommenen Hochverraths anzusehen sind. Der § 150 ordnet bei Eröffnung einer Untersuchung wegen eines hochverrätherischen Unternehmens eine Curatel über das Vermögen des Angeeschuldigten an. Man beschloß auf eine Abänderung dahin anzutragen, daß eine solche Curatel zwar angeordnet werden könne, aber nicht in allen Fällen angeordnet werden müsse, weil die Beschränkung der Vermögens-Verfügung während der Untersuchung nur als Präventiv-Maßregel eintreten dürfe, wenn sie nöthig sei, während sie die Natur einer Strafe annehmen würde, wenn sie ganz unbedingt erfolgen müsse. Eine Strafe könne aber erst in Folge eines Erkenntnisses eintreten.

**Inland.**

\* \* Breslau, 30. März. Mit nicht geringer Ueberraschung sehen wir, daß sich die Landstände der Provinz Brandenburg per majora für die Anwendung der körperlichen Züchtigung auch bei Frauen erklärt haben, während § 21 des neuen Strafgesetzentwurfs, übereinstimmend mit der R.-D. v. 29. März 1833 die körperliche Züchtigung nur bei Personen männlichen Geschlechts zuläßt. Die für die Ausdehnung angeführten Gründe: „daß die körperliche Züchtigung in manchen Fällen auch bei weiblichen Inculpanten die zweckmäßigste und wirksamste Strafe sein könne, daß ferner ihr physischer Zustand kein absolutes Hinderniß sei, weil, wie bei Männern, die Prüfung der Züchtigungsfähigkeit vorangehe, daß endlich ein ungünstiger moralischer Eindruck bei so verworfenen weiblichen Individuen nicht gefürchtet werden dürfe,“ scheinen uns durchaus nicht schlüssig. Eine allgemeine gesetzliche Bestimmung kann sich nicht auf die Eventualität stützen, daß diese und jene Strafe in manchen Fällen die zweckmäßigste sein könne, weil consequenter Weise der erkennende Richter sich dann auch zuvor die Ueberzeugung verschaffen müßte, daß der Fall der Zweckmäßigkeit vorliege, ehe er die Strafe anwendet. So lange nicht behauptet und erwiesen wird, daß für die Anwendung der körperlichen Züchtigung bei Frauen an und für sich dieselben Gründe sprechen, nach welchen sie bei Männern aufrecht erhalten wird, entbehrt die Bestimmung der moralischen und rechtlichen Basis. Ein gleich schwankender Grund ist die Annahme, daß bei so verworfenen weiblichen Individuen ein ungünstiger moralischer Eindruck der körperlichen Züchtigung nicht gefürchtet werden dürfe. Die Verbrechen, für welche das Strafgesetzbuch körperliche Züchtigung bestimmt, sind nicht solcher Art, daß man bei ihrer Verübung eine gänzliche Verworfenheit voraussetzen müßte, oder daß dieselbe von dem Gesetze vorausgesetzt würde. Man kann doch nicht schließen: „deshalb weil einzelne weibliche Inculpanten gewiß verworfene Geschöpfe sind und durch die körperliche Züchtigung moralisch keineswegs erniedrigt werden, ist die körperliche Züchtigung gegen alle weibliche Inculpanten gerechtfertigt. Der dritte Grund, daß nämlich nach vorangegangener Untersuchung der Züchtigungsfähigkeit die Züchtigung auch bei Frauen unbedenklich erfolgen wird, vergißt ebenfalls, daß es sich um eine allgemeine gesetzliche Bestimmung handelt. Vielleicht wird sich der untersuchende Arzt, welcher die Züchtigung für unschädlich erachtet, in manchen Fällen nicht täuschen, vielleicht hat hin und wieder diese furchtbare Strafe weber bald noch auf die

Zukunft einen physisch-nachtheiligen Einfluß. Wer wollte es in Abrede stellen? Aber ein allgemeines Gesetz kann nur ein allgemein gültiges Princip unterlegen, und hiernach wird es wohl keinem Menschen einfallen, den physischen Zustand des weiblichen und männlichen Geschlechtes völlig gleich zu stellen. Die Vertheidiger der Anwendung körperlicher Züchtigung bei Frauen müssen uns andere Motive bringen, als die von dem Landtage der Provinz Brandenburg angezogenen. Denn diese vermögen den humanen Grundsatz des neuen Strafgesetzbuchs wie der R.-D. vom 29. März 1833 in keiner Beziehung zu erschüttern.

\* Von der Ober, 27. März. Wir haben es neulich in diesen Blättern (Nr. 67) dargelegt, wie ungerecht die Behauptung derer sei, welche Preußen beschuldigten, es habe durch die Annahme einiger unbedeutenden russischen Zollermäßigungen bei der Einfuhr von 6 Waarenartikeln nach Rußland „den ersten Riß in den deutschen Zollverein“ gemacht, folglich den Grund zur Aufhebung desselben gelegt. Wir wollen nun noch den Ungrund einer zweiten Behauptung derselben Gegner zeigen, nämlich, daß durch die fragliche vorzugsweise Begünstigung Preußens und durch die Annahme derselben durch die letztere Macht auch die Einheit Deutschlands zerstört, folglich der Untergang des deutschen Vaterlandes dadurch herbeigeführt werde. Niemand wird die glückliche Einwirkung verkennen, welche der Zollverein auf die Einheit Deutschlands gehabt hat, noch hat und gewiß auch ferne haben wird. Jeder deutsche Patriot würde daher besonders aus diesem Gesichtspunkte den Untergang desselben beklagen. Allein man glorifizirt unstreitig den besagten Verein zu sehr, wenn man ihn als das einzige oder auch nur vorzüglichste Vehikel und als die *conditio sine qua non* der Einheit Deutschlands proklamirt. Die deutsche Einheit bestand längst vor dem Zollverein; sie führte in den Jahren 1814 und 1815 die Schaaren aller deutschen Stämme in Frankreichs Herz. Diese Einheit ist zwar seitdem durch mancherlei bekannte Umstände, namentlich durch die Ultras in politischer wie in kirchlicher Hinsicht nicht nur wenig befördert, sondern auch sogar gestört, aber sie ist nicht vernichtet worden. Noch im Jahr 1840 haben wir das einigte Deutschland innerhalb und außerhalb des Zollvereins wider den gemeinschaftlichen Feind gerüstet gesehen. Es ist wahr, die Allianz der materiellen Interessen hat um die Völkerschaften von Ost-, West-, Süd- und Mitteldeutschland ein kräftiges Band geschlungen. Allein wer würde die wackeren Hannoveraner und andere Norddeutschen, wer würde die biedern Oesterreicher dadurch beleidigen wollen, daß man behauptete, nur der Zollverein, von welchem sie bisher noch fern blieben, könne Deutschlands Einheit aufrecht erhalten. Diese ruht nicht bloß auf materiellen, sondern auch auf geistigen Interessen. Deutschland wird allerdings doppelt erstarren, wenn es auch seine materiellen Interessen überall gemeinsam beschützt findet und wenn alle seine Fahnen innerhalb einer und derselben Zolllinie wehen werden; und gewiß wird dies einst, vielleicht in einer nicht sehr fernen Zukunft geschehen. Aber halten wir doch diese Annäherung, diese Vereinigung nicht dadurch zurück, daß wir, wie die Gegner Preußens in der russischen Zolltariffache, abstrakte Sätze als Prinzip des Zollvereins aufstellen und verfechten, welche derselbe durch die Praxis längst gefesselt ausgegeschlossen hat. Wer wird glauben, daß sich diejenigen deutschen Regierungen, welche jetzt noch außerhalb unsers Vereins stehen, dazu entschließen werden, ihm beizutreten, wenn wir ihnen nicht auch die von ihrer geographischen und industriellen Lage gebotenen Ausnahmen von der Regel und besondere Begünstigungen gestatten. Wenn wir diese aber bisher, wie früher bewiesen worden, einzelnen Mitgliedern gestattet haben, warum sie andern verweigern? Ueberdies ist die geringe Bevorzugung Preußens rückfichtlich seiner Linneneinfuhr nach Rußland nicht im Stande, Deutschland zu entzweien und in Atome aufzulösen. Dieses hat von seiner Nationalwürde und von seinem Nationalwohl zu hohe Begriffe, als daß es sich deshalb von Preußen trennen sollte, weil es noch Niemand weiß, ob die preussischen Unterthanen Ein Pfund Leinwand bei einem Zoll von 1½ bis 5 Thalern nach Rußland mit Vortheil werden absetzen können.

Berlin, 29. März. Se. Maj. der König haben Allernädigt geruht: Dem General-Lieutenant a. D. v. Lukowitsch den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; den General-Lieutenant a. D. v. Pety und Schleyer, so wie den General-Major a. D. Grafen Hülsen den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, und dem Oberst a. D. von Desfeld den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den vortragenden Rath der ersten Abtheilung des Ministerium des Königl. Hauses, Geheimen Ober-Regierungsrath Georg Wilhelm v. Kaumer, unter Beibehaltung seiner bisherigen Dienststellung, zum Direktor der Archive zu ernennen; und dem Wachtstuch-Fabrikanten Georg Christoph Engel den Titel: „Hof-Lieferant“ zu verleihen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen ist von Stettin hier wieder eingetroffen. Se. Durchl. der Landgraf Karl zu Hessen-Philippsthal-

Barckfeld und Hochdessen Sohn, der Prinz Viktor Durchlaucht, sind nach Leipzig abgereist.

\* Berlin, 29. März. Der Herzog von Braunschweig, welcher wieder an unserm Hoflager weilte, erscheint stets in einer glänzenden und reichen Uniform des 10ten preussischen Husaren-Regiments, zu dessen Chef er längst unser Monarch denselben ernannt hat. — Die bis auf die Rheinprovinz in allen Theilen der Monarchie versammelten Landtage werden, höhern Befehle zufolge, länger zusammenbleiben, als vorher bestimmt war, da die zur Berathung vorgelegten Gegenstände in der anberaumten kurzen Frist von 4 Wochen nicht genau erörtert werden können. Wie verlautet, werden die Versammlungen bis zum 5. Mai dauern, und nur während des heiligen Ostersfestes einige Tage sistirt werden. — Unter einigen hiesigen Einwohnern herrscht große Betrübniß, da die traurige Nachricht aus Jerusalem eingegangen sein soll, daß der dortige evangelische Bischof Alexander mit den Türken und Juden in eine besorgliche Collision gerathe, welche demselben die Rückkehr nach Europa unwahrscheinlich mache.

— Die heute erschienene zweite Lieferung des deutschen National-Werkes: „Germaniens Völkerstimmen,“ herausgegeben von Dr. Firmenich, enthält die Mundarten des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz, Pommerns, Neu-Vorpommerns, der Insel Usedom und Rügen, Hinterpommerns, West- und Ostpreußens bis zur russischen und polnischen Grenze, der Priegnitz, der Uckermark, Berlins, Magdeburgs u. s. w. Wenige Schriften dürften seit Kurzem von Gelehrten und Gebildeten so einstimmig günstig beurtheilt worden sein, als dieses mit ächtem deutschen Fleiße und ungewöhnlicher Ausdauer ausgearbeitete Werk. Wie die umfassenden Studien des Herausgebers auch in das bürgerliche Leben eingreifen, erhellt daraus, daß derselbe aus den entferntesten Gegenden Deutschlands in Betreff des Verständnisses von Urkunden in gerichtlichen Sachen um seine Meinung befragt wird, wie es erst neulich von der deutsch-französischen Grenze in einem Falle geschah, der bei den hiesigen Gelehrten großes Interesse erregte. — In den musikalischen Kreisen ist das vom hiesigen englischen Gesandten Grafen v. Westmoreland dem Hofe gegebene Fest, bei welchem die schönsten Piecen aus dessen Kirchen- und Opern-Compositionen zur Aufführung kamen, noch immer Gegenstand der Unterhaltung. Von allen Seiten wird der Wunsch laut, daß das musikalische Fest auch für das größere Publikum veranstaltet werde, da die durch die Sängerrinnen Luczek und Affandri bekannt gewordenen Arias aus den Opern *Il tercio* und *Eroe di Lancastro* das künstlerische Interesse lebhaft angeregt haben. — Der berühmte Sinfonien-Componist Hector Berlioz befindet sich bereits hier, und wird nächstens einige Musik-Aufführungen veranstalten, bei welchen die königliche Kapelle, so wie die dazu gehörige Gewerkschule und die Musik-Korps unsrer Garde-Regimenter mitwirken werden. Die Musik-Freunde sind darauf sehr gespannt, da so kolossale Instrumental-Aufführungen hier noch nie gehört worden sind. — Die bairische Hof-Opern-Sängerin Ule. Hekenecker, der ein großer Ruf voranging, gastirte gestern als Agathe im Freischütz auf der königl. Bühne, entsprach aber nicht den von ihrem Gesange und Spiele gehegten großen Erwartungen. Die erwähnte Sängerin dürfte nur zu den mittelmäßigen Talenten zu zählen sein, der es noch sehr an Ausbildung mangelt. Eine schöne, umfangreiche Stimme kann indeß der Ule. Hekenecker nicht abgesprochen werden, was auch das Publikum durch lauten Beifall anerkannte.

○ Berlin, 29. März. Se. Königl. Hoh. der Prinz von Preußen, Statthalter von Pommern, ist diesen Morgen von Stettin wieder hier angekommen. S. R. Hoh. haben geruht, sich über die von der pommerschen Hauptstadt so unzweideutig an den Tag gelegten guten und anhänglichen Gefinnungen sehr huldreich zu äußern und versprochen, bald einmal wieder dahin zurückzukehren. — Die neue Uniformirung der Armee giebt den damit beschäftigten Personen noch immer vielerlei zu thun, da noch manche Abänderungen beliebt werden. So sollen nun auch die Garde-Husaren schwarze Uniformen mit Silberschnüren und weißem Pelzbesatz erhalten, — eine Uniformirung, welche in Zusammenstellung mit den kleinen ungarischen Stiefeln, eben so reich als geschmackvoll sein wird. — Berlioz aus Paris ist jetzt hier. Er bereiset Deutschland, um sich mit dem Zustande unser Musik bekannt zu machen. Was wird der gute Mann finden? Bellini, Donizetti und ein Bischof-Mercadante. Zu unserer alten klassischen deutschen Musik fehlen uns die Sänger und die neuesten Produkte — du lieber Himmel! — wo werden die dargelegt? In Berlin am allerwenigsten. — Vor einigen Tagen besuchte uns ein Kollege von einem Pariser Journal, um hier einige politisch-literarische Verbindungen, Korrespondenzen u. s. anzuknüpfen. Es ist wirklich erstaunlich, wie wenig diese Franzosen von unsern deutschen journalistischen Verhältnissen und von der Stellung eines deutschen Publizisten wissen. Ich habe mich wohl gehütet, ihn damit bekannt zu machen! — Für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sind sehr viele Bestellungen gemacht worden und hoffentlich wird Hr. Büttner Wind und Wetter besser beachten, als seine Vorgänger, und

das Schiff besser zu steuern wissen, damit es kein Wrack werde und einer zweiten Nothtaufe bedürfe. — Ich möchte Ihnen auch gern einmal wieder etwas von unsern Königl. Theatern schreiben, allein ich will es lieber unterlassen. Unsere alte Garde: Stawinsky, Gern, Rütling, Grun u. halten das Ganze allein noch aufrecht, und sind leider genöthigt, in dem frivolsten und gehaltlosesten Zeuge zu spielen. Bei der italienischen Oper ist wieder eine neue Sängerin, Signora Gambaro, angekommen, die heute in der Gabriele di Bergy von Mercadante singt. Die Affandri wird auf einige Zeit nach Italien gehen, jedoch wieder hierher zurückkommen.

Dieser Tage sprach man in unseren diplomatischen Salons von dem Versprechen, das der Kaiser von Rußland seinem erlauchtem Schwager, dem Könige von Preußen, gegeben haben soll, den im vorigen Jahre beabsichtigten, aber unterbliebenen Besuch in diesem Jahre, und zwar zur Zeit des Herbstmonövers, abzustatten. Dagegen ist alles still von einer Reise der Kaiserin nach Deutschland. (F. S.)

Stettin, 28. März. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen begann am gestrigen Tage, dem zweiten der Anwesenheit, die Besichtigung des Seehenswerthen in und um Stettin. — Se. Königl. Hoheit stieg um 11 Uhr zu Pferde und umritt die Festung. Am oberen Anstufte derselben, wo innerhalb der Werke der Bahnhof der Berlin-Stettiner Eisenbahn zu liegen kommt, wurde Höchstdieselbe von der Direktion dieser Gesellschaft empfangen, welche die Ehre hatte, über die beabsichtigten und in der Ausführung begriffenen Bauanlagen näher zu berichten. Se. Königl. Hoheit besuchte hierauf das Garnison-Lazareth und die zunächst gelegene Kaserne des 9ten Infanterie-Regiments (genannt Solberg'sches), besichtigten die Johanni- und Jakobikirche, woselbst die sämmtliche hiesige Geistlichkeit unter Vortritt des evangelischen Bischofs Dr. Ritschl Höchstdieselben empfing, und fuhren dann nach dem vor dem Königsthore gelegenen Logengarten, von wo sich die mannigfaltigste Aussicht auf die Stadt, auf die mit Schiffen bedeckte Oder und auf die reizenden Umgebungen darbietet. — Demnächst bestiegen Se. Königl. Hoheit eine unsern Grabow noch auf dem Stapel stehende Korvette, welche für Rechnung des Staats von dem Schiffbaumeister Eberhagen gebaut wird. Dieses Schiff ist auf 14 Kanonen gebohrt und das erste neuere Marine-schiff Preußens. Dem Baumeister wurde die Ehre zu Theil, Sr. Königl. Hoheit über den von ihm geleiteten Bau näher berichten zu dürfen. Sämmtliche in der Nähe gelegenen Schiffe hatten geflaggt, und unter dem dreimaligen Hurrah der Matrosen und Schiffszimmerleute verließen Se. Königl. Hoheit die Korvette. — Mittags hatten Se. Königl. Hoheit ein Diner von den Ständen der Provinz Pommern anzunehmen geruht. Abends beehrten Höchstdieselben den von dem kommandirenden General, Herrn General-Lieutenant v. Wrangel Excellenz, gegebenen glänzenden Thée dantsant mit Höchster Gegenwart, nachdem Sie noch vorher die zu einer Feste vereinigten hiesigen Logen besucht hatten. — Gestern Abend fand auch ein großer Zapfenstreich zu Ehren der Anwesenheit Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen statt. Heute Vormittag besuchten Se. R. Hoheit das Schloß, die darin befindliche Schloß- und katholische Kirche und einige andere Gebäude, und geruhten demnächst ein Höchsthöhen im Kasino-Lokale im Börsenhause bereitetes dejeuner dinatoire anzunehmen und die daselbst versammelte zahlreiche Gesellschaft mit Höchster Gegenwart zu beglücken. (St.-Z.)

Aus dem Bergischen, vom 25. März. Die Dekkupation der Gesellschafts-Inseln durch die Franzosen ist ein Ereigniß nicht bloß in der politischen, sondern auch in der religiösen Welt. Es tritt daraus aufs klarste hervor, daß Frankreichs erobrerungslustige Politik dieselbe bleibt. Ist ihm die Rheinlust niedergegangen worden, bietet sich in Europa kein Anknüpfungspunkt für seine glänzenden Leidenschaften dar, kann es selbst in den näher gelegenen Welttheilen nichts wagen, weil es europäische Collisionen fürchtet, so durchschwärmt es den weiten Ocean, klopft an auf den weiten Inselgruppen, deren Einwohner gelehrt worden sind, dem Fremdling freundlichst zu begegnen, aber sich auch nicht von ihm mehr prostituiert zu lassen, sucht Handel, fordert Genugthuung, besticht und wiegelt auf einzelne Häuptlinge gegen ihren Fürsten, und pflanzt, unbekümmert um die Rechte der Besizer, die Flagge des „Napoleon des Friedens“ auf, froh, wenn es dabei einigen Widerstand findet, um des Ruhmes der Helden, um des Rechtstitels der Eroberung nicht zu verfehlen. So hat Frankreich die Marquesas, so nun die Gesellschafts-Inseln. Seit einigen Dezennien war diese Art von Eroberungen abgekomen; man schien es zu fühlen, wie schmachvoll sie sei; es schien, als ob die Generationen sich ihrer alten Künste schämten, als ob sie ihre Freiheitsliebe auch in den Barbaren achteten. Offenbar war diesen humaneren Benehmen Englands Seeherrschaft höchst günstig, wie es denn von ihm ausgegangen war. England schützte in seinen überseeischen Besitzungen die Eingeborenen, die man sonst unter die Füße zu treten, und nur, in so fern man sie gebrauchen konnte, zu hegen pflegte, und achtete auch in seinen heidnischen Unterthanen die Menschenrechte. England, dem es ein

Leichtes gewesen wäre, die Inselgruppen der Südpolsee sich unterthan zu machen und dem so bald Niemand in sein Gehege gekommen wäre, England zog es vor, die vor-handenen Staaten in ihrer Freiheit zu schützen, ihre bür-gerliche und sittliche Cultur zu fördern, und freute sich ihrer unvergleichlich schnellen Entwicklung. Es sandte Missionaire hin, und was diese erreichten, dafür hat die Geschichte kaum ein Beispiel. 1815 begannen sie auf den Gesellschafts-Inseln, von dem Könige gerufen, ihr Werk, und schon 1822 zählte Tahiti 66 kirchliche Ge-bäude, und seit 1830 bietet die Bevölkerung der Insel-Gruppen den Anblick eines christlich civilisirten Volkes dar, das zum größten Theil lesen kann, nach europäi-scher Art Ackerbau und europäische Gewerbe treibt, und unter seinem Könige einer freien bürgerlichen Verfassung sich erfreut. Aufimeo haben die Eingeborenen nicht nur Baumwollenmanufakturen, sondern auch eine groß-artige Erziehungsanstalt, eine „Academie der Südpolsee.“ Noch nirgend hatte die auf dem Christenthume begrün-dete Civilisation so schnelle und so feste Wurzeln geschla-gen; die Gesellschafts-Inseln waren die schönste Blüthe evangelischer Missionsthätigkeit. Aber Frankreich, das an der Spitze der Civilisation einherzugehen sich rühmt, das aber nur sich selbst will, das um den Untergang polnischer Freiheit trauert, weil sie Rußland anheim ge-fallen ist, und nicht ihm, und die glänzenden Phrasen liebt, setzt nun seinen eisernen Fuß einem wehlosen, friedlichen jungen Christenvölkchen auf den Nacken, das seit 20 Jahren die freudigen Blicke der Menschenfreunde fesselte, und fürchtet sich nicht, hier die Freiheit zu zer-treten — als ob die tahitische Freiheit nicht eben so wohl zu achten wäre als die polnische! Noch mehr, die-ses Frankreich, das in seiner Charte eine Staatsreligion verwirft, vertreibt die ehrwürdigen Arbeiter aus dem Weinberge, der durch ihren Schweiß in Blüthen und Früchten so lieblich prangte, und setzt unter Kanonen-donner und mit Bajonetten Fremde in die Ernte, weil sie der Religion der Mehrzahl angehören! Und wie Frankreich die begonnene Civilisation krönen werde, dar-über läßt uns das Wort nicht lange Zweifel, welches sein Agent in Bezug auf die Marquesas-Inseln sprach: „Indem wir ihnen Bedürfnisse schaffen, machen wir uns nothwendig.“ Das ist die französische Freiheits-theorie seit 1789: Freiheit den Nationen, d. h. sie ausplündern. Wir sind der Ueberzeugung, daß Frankreich von diesem Raube weder Ehre noch Nutzen ziehen, und daß dies Ereigniß seine Spannung mit England nur vermehren und letzteres zwingen wird, weiterem Umfich-greifen seines Nachbarn zeitig sichere Schranken zu set-zen. (Elberf. Ztg.)

## Deutschland.

Hamburg, 28. März. Heute, nach der Börse, fand eine Versammlung der hiesigen Comitee zur Vor-bereitung einer Eisenbahn-Verbindung mit Berlin Statt, um eine Mittheilung ihres Ausschusses über den gegen-wärtigen Stand dieser Angelegenheiten entgegen zu neh-men. Es war diese Mittheilung, dem Vernehmen nach, so befriedigender Art, daß die Versammlung daraus die Ueberzeugung gewann, es dürfe die Ausführung des so hochwichtigen Unternehmens nunmehr als gesichert be-trachtet werden.

## Oesterreich.

\* Wien, 28. März. Se. K. H. der Erzherzog Franz Karl ist zur Freude der Kaiserl. Familie und des ganzen Publikums in der Besserung begriffen. Letzteres bereitet demselben einen freudigen Empfang, sobald sich S. K. H. wieder öffentlich zeigen wird. — S. K. H. der Erzherzog Ferdinand von Este wird stündlich aus Gallizien erwartet. Erzherzog Maximilian tritt nächstens eine Reise nach Modena an. S. K. H. der Erzherzog Palatinus traf Samstag aus Ofen hier ein. Es sol-len nun die Vorarbeiten zu Führung des angeordneten Reichstags, der dieses Mal sehr wichtig werden dürfte, hier beginnen, und S. K. H. wird die ungarischen Con-ferenzen hier präsidiren. — Das Programm zu dem, den 3. April abzuhaltenen Jubiläum des Theresien-Ordens S. K. H. des Erzherzogs Karl, ist bereits er-schienen. Nach demselben holt S. M. der Kaiser sei-nen erl. Heim Vormittags 10 Uhr in seinem Palaß ab, um ihn zu dem auf dem Glacis bereiteten militä-rischen Dankfest zu geleiten. S. M. der Kaiser wird von allen anwesenden Theresien-Rittern begleitet und von 36 adelichen Garben, Alles in Galla, umgeben sein. Nach abgehaltenem Redeum empfängt der Erzherzog in den Appartements des Kaisers die Glückwünsche, worauf das Banket im Ceremonien-Saale mit allen Rittern des Theresienordens abgehalten wird. An die zwei fremden Großkreuze des Theresienordens, nämlich an S. Maj. den König von Schweden und den Herzog von Wel-lington, sind von S. M. dem Kaiser besondere Ein-ladungen ergangen, allein sie haben sich natürlich entschul-digen lassen. Von den Kommandeurs erwartet man indessen im Laufe der Woche mehrere aus Preußen und Rußland. Auch der Herzog Ferdinand von Sachsen-Coburg hat seine Abreise nach Paris wegen dieser Feier verschoben. Der Durchl. Jubilar ist besonders erfreut, daß er es in diesen friedlichen Zeiten erlebte, daß einer seiner Söhne, Erzherzog Friedrich, diesem Fest als Rit-

ter beizuwohnen kann. Ein drittes Großkreuz des The-resienordens ist S. K. H. der Graf von Marne (An-goulême), allein es ist wohl einleuchtend, daß dieser nicht hier erscheinen kann. — Unter den 17 Kommandeurs dieses Ordens befinden sich die Könige von Württemberg und der Niederlande, und der Herzog Ferdinand von Sachsen-Coburg. Unter den Rittern, deren Anzahl auf 149 zusammengeschmolzen ist, befanden sich der Erzher-zog Ferdinand von Este, die Könige von Belgien und Sardinien, mehrere preussische Prinzen, sowie von Baiern, Württemberg und Hessen, der älteste Ritter ist der Feld-marschall-Lieutenant Baron Martoniz, und der jüngste S. K. H. der Erzherzog Friedrich.

(Medizinisches Bulletin.) Am 27. März, um 9 Uhr früh. Se. kaiserl. Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Franz Carl waren gestern den ganzen Tag fieberfrei, aber die bereits angedeuteten Unterleibszufälle steigerten sich Nachmittags zu einer Kolik, die erst spät Abends sich minderte und dem hohen Patienten einen mehrstündigen Schlaf gestattete. — Heute zeigen sich bei völliger Fieberfreiheit die Unterleibszufälle etwas gemildert. Freiherr von Türkheim m. p. Dr. Zangherl m. p.

## Großbritannien.

London, 22. März. Der Marquis von Lands-downe lenkte bekanntlich am Freitag im Oberhause die Aufmerksamkeit der Regierung und des Parlaments auf den Handels-Verkehr zwischen Engländern und Chinesen unter den neuen Verhältnissen, die sich in China eröffnet haben. Er gab in dieser Hinsicht zu bedenken, wie nöthig es sei, daß dort mit der größten Vorsicht verfahren werde, indem er sagte: „Jeder Vernünftige begreift, daß wir hinsichtlich unserer Verhältnisse zum Orient am Vorabende höchst wichtiger Verände-rungen stehen. Die Mittel zu unendlicher Erweite-rung des Verkehrs unseres Landes mit dem bevölker-ten Theile Asiens sind uns geboten.“ Graf Aberdeen erklärte sich mit Lord Lansdowne ganz dahin einverstan-den, daß die Einsetzung einer gehörig bevollmächtigten Aufsichts- und Kontrol-Behörde in China zum Schutze des dortigen Verkehrs nothwendig sei, indem es, wenn dieser nicht äußerst umsichtig und diskret betrieben wer-de, bald zu Mißthelligkeiten mit der dortigen Regierung kommen dürfte; man möge jedoch, fügte er hinzu, be-denken, daß der Vertrag noch nicht ratifizirt sei, und daß daher noch nichts der Art habe geschehen können.

Die Berichte der Landwirthe aus fast allen Theilen des Landes gewähren so günstige Aussichten auf die Ernte, daß man für das nächste Jahr sehr wenig auf fremdes Getreide rechnen zu brauchen glaubt.

Der „Standard“ erwähnt einer Reihe von interessan-ten diplomatischen Aktenstücken, welche vor Kurzem dem Parlamente vorgelegt worden sind, und die sich auf die von dem Stuttgarter Zollcongresse beschlossene Erhöhung des Einfuhrzolles von gewissen britischen Baumwollenwaaren beziehen. Ueber die darüber gepflogenen Unterhandlungen zwischen der britischen und der preussischen Regierung, so weit sie aus jenen Dokumenten ersichtlich sind, berichtet das genannte Blatt unter Anderem Folgendes: Der erste Artikel, der eine Zollerhöhung erfahren sollte, war Eisen. Sobald die britische Regierung von der Wahrscheinlichkeit dieser Maßnahme benachrichtigt wurde, lenkte Lord Aberdeen die Aufmerksamkeit des britischen Gesandten in Berlin auf den Gegenstand, und trug ihm am 20. Mai. v. J. auf, dem Baron Bülow mitzutheilen, wie sehr man britischerseits eine solche Zollerhöhung würde bedauern müssen, und zwar um so mehr, da sie in einen Zeit-punkt treffe, in welchem beabsichtigt werde, die britischen Märkte für viele Hauptartikel der Erzeugnisse der deut-schen Zollvereins-Staaten unter bedeutend günstigeren Bedingungen zu öffnen als die bisher bestehenden. In den Instruktionen, welche Lord Aberdeen zu gleicher Zeit dem britischen Gesandten in Stuttgart, Sir George Ha-milton, zufertigte, sagte er über denselben Gegenstand: „Wenn die Erwartung, daß man von dieser Zollerhö-hung absehen werde, nicht in Erfüllung gehen sollte, so werden Sie dafür Sorge tragen, unzweideutig zur Kunde zu bringen, daß wenngleich die jetzt eingeleitete Umge-staltung des britischen Handelssystems das Ergebnis der Ueberzeugung der britischen Regierung ist, daß dieselbe zweckmäßig und einer vernünftigen Politik gemäß sei, und nicht davon abhängig ist, daß fremde Mächte sich besonders verpflichten, England ihrerseits Vortheile zu bewilligen, doch die Regierung S. Majestät sich nicht verpflichtet halten kann, denjenigen Ländern, welche sich nicht bereit zeigen, ihr in entsprechendem Geiste entgegen zu kommen, fernerhin den Genuß der Vortheile zu ge-statten, welche aus jener Veränderung resultiren.“ Un-geachtet der eifrigen Bemühungen der Bergwerksbe-züger in Schlefien und am Rheine, einen höhern Schutzoll zu erlangen — berichtet nun der „Standard“ weiter — und wiewohl der Chef des preussischen Berg-werksdepartements dem höhern Zolle günstig gewesen sei, habe sich doch die preussische Regierung nicht be-wogen gefunden dem Verlangen nachzugeben, und werde überhaupt keine dem britischen Handel nachtheilige Maßregeln aufkommen lassen, welche nicht die Bedürf-

nisse des deutschen Zollvereins gebieterisch fordern. Auch sei es ohne Mitwissen des Baron Bülow gesche-hen, daß zwei der Kollegen desselben, die ebenfalls von dem dabei obwaltenden Interesse des britischen Handels keine Kenntniß gehabt haben, dem Verlangen Sach-sens nachgaben, die aus Wolle und Baumwolle ge-mischten Waaren einem höhern Einfuhrzolle zu unter-werfen. Der hauptsächlich dadurch betroffene Artikel, der jetzt 50 statt 30 Rthl. per Ctr. zu entrichten habe, sei Mouffeline de laine, ein Fabrikat, dessen Produktion die britischen Fabrikanten sich besonders zugewandt haben, seitdem die britischen gedruckten Kattune immer mehr von den deutschen Märkten verdrängt worden seien, und in welchem die deutschen Fabrikanten die Konkurrenz nicht zu halten vermögen. Auch in Bezug auf diesen Punkt habe indeß die preuß. Regierung nur nachgegeben, um desto kräftiger dem Verlangen nach Erhöhung des Zol-les von Eisen und Twist widerstehen zu können, wel-chen letzteren Artikel besonders Sachsen, Baiern, Baden und Württemberg höher besteuert wissen wol-len. Endlich erwähnt der „Standard“ nach einer De-pesche des Grafen v. Westmoreland, britischen Gesandten in Berlin, in welcher die auffallende Erscheinung, daß gerade diejenigen süddeutschen Staaten, in denen vor Errichtung des Zollvereins die Handelsfreiheit ihre kräf-tigsten Vertheidiger hatte, und welche sich lange weigere-ten, dem preuß. Zollvereine beizutreten, weil dessen Zoll-tarif so bedeutend viel höher war als ihr eigener, jetzt mit ebenso großem Eifer gegen Handelsfreiheit und für hohe Schutzölle kämpfen, aus dem Umstande erklärt wird, daß die hohen Zölle eine große Masse von Kapi-talien den Fabrikantlagen zugeführt haben, deren Verlust man befürchtet, wenn in dem jetzigen Systeme Verände-rungen eintreten sollten. — Aus dem Berichte des „Standard“ ist nicht immer zu sehen, wo derselbe aus den von ihm erwähnten Documenten, wo aus andern Mittheilungen geschöpft hat. Als Beitrag zu dem, was über die in Stuttgart und Berlin geführten Unterhan-dlungen bekannt geworden ist, dürfte er nicht ohne In-teresse sein.

Stevenson, der sinnverwirrte Religionschwärmer aus Schottland, wurde am 18. d. wieder vor den Lord-Mayor gebracht, um verhört zu werden, und damit zu-gleich die Aerzte ihre Angaben über seine Geistesbeschaf-fenheit machen könnten. Von Seiten der Krone trug Herr Maule darauf an, daß Stevenson in ein Trenn-haus gebracht werde, in Folge eines Gesetzes, dem ge-mäß eine solche Vorsichtsmaßregel getroffen werden kann sobald zwei Aerzte und zwei Friedensrichter den Wahr-sinn attestiren. Die Aerzte, welche vernommen wurden, sagten aus, daß Stevenson wohl kaum noch als Mono-mane betrachtet werden könne, sondern überhaupt wahr-sinnig sei; dasselbe bezeugten auch Briefe seines Vaters, eines anderen Verwandten und des Predigers Macnaugh-ton in Paisley, welche mittlerweile eingelaufen waren. Stevenson selbst war bei dem Verhör der Aerzte zugegen und zeigte sich sehr bekümmert, als er übereinstimmend für wahnsinnig erklärt wurde; daß er aber die Königin aus dem Wege schaffen wolle, weil ein Weib nicht auf dem Throne sitzen dürfe, daß er gelobt habe, seinen Bart nicht eher zu scheeren, als bis er seinen Zweck erreicht hätte, so wie, daß er an Sir Robert Peel Rache neh-men wolle, dies Alles stellte er nicht in Abrede. Als der Lord-Mayor ihm bemerklich machte, daß Alle erklär-ten, er sei nicht bei Verstande, erwiderte er: „Ja, ja, ich weiß es wohl, die Narren sind immer gleicher Mei-nung.“ Nach beendigtem Verhör stellte der Lord-Mayor den Gefangenen zur Verfügung des Staats-Sekretärs des Innern.

## Franreich.

Paris, 24. März. Der Herzog von Nemours wird im Laufe dieses Sommers eine Reise durch mehrere Provinzen Frankreichs machen. Er wird, wie es heißt, Lyon, Marseille, Toulouse, Bordeaux, Perpignan und Pau besuchen. Einige Journale haben bereits angezeigt, daß auch der König in diesem Jahre die Reise nach dem Süden antreten werde; aber es scheint, daß noch nichts Bestimmtes in dieser Hinsicht festgesetzt worden ist. Al-les wird von der Lage der politischen Angelegenheiten und von der Gesundheit des Königs abhängen. Einem Deputirten der südlichen Departements, der vor einigen Tagen den König bat, die längst versprochene Reise zu unternehmen, antwortete Se. Majestät: „Es ist mein lebhaftester Wunsch, die Städte des Südens und na-mentlich Bordeaux zu besuchen; möchten die öffentlichen Angelegenheiten es mir doch recht bald gestatten, die seit so langer Zeit beabsichtigte Reise anzutreten.“ — Herr Ratti-Menton, welcher zum Französischen Ge-ronsul in China er heute nach Egypten

Paris, 25. März. Jetzt, nachdem sich das Ka-  
binet durch die letzten Abstimmungen in der Deputir-  
tenkammer als befestigt ansieht, sollen zahlreiche Ver-  
änderungen in den Präfektoren und bei den di-  
plomatischen Stellen im Ausland stattfinden. Man  
spricht von zwanzig Präfekten und Unterpräfekten, die  
von ihren Posten abgerufen werden dürften. — Die  
Deputirtenkammer beschäftigte sich heute mit Be-  
richten über eingelaufene Petitionen; es ist nichts von  
Bedeutung dabei vorgekommen. — Es geht die Sage,  
die Regierung lasse Untersuchungen anstellen über die  
Wahlen der Nationalgarde; es soll nachgeforscht  
werden, ob unter den neugewählten Offizieren nicht In-  
dividuen sind, die bei den Emeuten kompromittirt  
waren. In diesem Fall würden die Compagnien, in  
welchen solche Wahlen vorgekommen, aufgelöst werden.  
— Das Gerücht, dessen wir ohnlängst erwähnten, als  
habe Herr Thiers den bairischen St. Hubertusorden  
erhalten, hat sich, wie zu erwarten war, gänzlich unge-  
gründet gezeigt.

In einer Parallele, welche das Journal des  
Débats zwischen dem Beamtenstande und Beam-  
tenwesen in Frankreich und Deutschland zieht, und  
die sehr zum Vortheil des letzteren ausfällt, heißt es in  
Bezug auf Preußen unter Anderem: Die Verwaltung,  
oder vielmehr die Verwaltungswissenschaft, ist in Deutsch-  
land, und namentlich in Preußen, von dem Geiste der  
Philosophie begründet worden. Friedrich der Große, der  
den Regierungs-Grundsatz hatte: Alles für das Volk,  
aber nichts durch das Volk, hat der preussischen Ver-  
waltung einen Impuls der Liberalität gegeben, dem  
sie immer gefolgt ist und der sich allmählich in ganz  
Deutschland verbreitet hat. In Oesterreich that Joseph II.,  
was Friedrich in Preußen gethan hatte, und die Verwal-  
tung in Deutschland ist, Dank sei es diesen beiden Für-  
sten, indem sie sich aus dem mittelalterlichen Chaos  
herausgewunden, eine politische und liberale Institution  
geworden, welche die allgemeine Verbesserung des Lan-  
des zum Zweck hat. Die Wissenschaft hat sich gar bald  
mit der Praxis in Berührung gesetzt, denn in Deutsch-  
land mischt sich die Wissenschaft in Alles. Die Univer-  
sitäten haben ihre besondern Lehrstühle für  
Staatswirtschaft und Verwaltungswissenschaft. Die  
öffentlichen Beamten sind, Dank sei es dieser Bewegung  
der Ideen, zu Reformatoren des Landes geworden,  
und die Verwaltung ist, statt wie anderswo, ein Hand-  
werk und ein Broderwerb zu sein, die Laufbahn der  
Macht und des Einflusses geworden. Daher das Ueber-  
gewicht und die Wichtigkeit der Klasse der Beamten:  
daher der Dünkel, der an den öffentlichen Aemtern klebt  
und der bis in das Lächerliche geht. Der Staatsdienst  
ehrt und verschönert Alles und die komischen Dichter  
haben mit Recht über den Figuranten des kaiserlichen  
Theaters in Wien gespöttelt, der sich Beamter und Ver-  
walter nannte. Aber hier, wie anderwärts, ist das Lä-  
cherliche immer eine mittelbare Huldigung, welche der  
Macht dargebracht wird. — Eine andere Ursache der  
Stellung und des Uebergewichts der öffentlichen Beam-  
ten in Deutschland ist die Weisheit und Stetigkeit der  
Verwaltungs-Hierarchie. In Deutschland wird, Dank  
sei es der doppelten Wirkung der Gesetze und der Sit-  
ten, die Stufenfolge der Ansprüche auf das Gewissen-  
hafteste beobachtet. Hier giebt es keine plötzliche und  
gewaltthätige Umwälzung, keine Deputirten, die sich  
für befähigt zu den höchsten Aemtern halten und die  
mit einem Sprung vom Fuße der Stufenleiter bis zur  
höchsten Spitze gelangen, während die Beamten, die seit  
zwanzig Jahren im Amte sind, mühselig und langsam  
eine Stufe nach der andern erklimmen müssen.

**Spanien.**  
Nachrichten aus Madrid vom 18. März melden,  
daß die Mehrheit der neugewählten Cortes-Deputirten  
dem Ministerium ungünstig zu sein scheint, und daß die  
Bildung eines neuen Kabinetts im Laufe des nächsten  
Monats mit Gewißheit vorauszu sehen sei. — Der Han-  
delsvertrag zwischen England und Spanien ist von neuem  
hinausgeschoben worden. — Ganz aus der Luft gegrif-  
fen ist ein Gerücht, der Regent habe dem Infanten  
Don Francisco de Paula das Portefeuille der auswärti-  
gen Angelegenheiten angetragen, und es sei schon die  
Vermählung der jungen Königin mit dem ältesten Sohne  
dieses Infanten so gut wie beschlossen.

**Portugal.**  
Lissabon, 13. März. Die Königin Donna Ma-  
ria ist ihrer Entbindung nahe, und die üblichen Kirchen-  
gebete sind bereits angeordnet. — Das von beiden Kam-  
mern genehmigte Gesetz, welches die Regierung zur Auf-  
nehmung von 900 Contos auf das Tabaks-Einkommen  
ermächtigt, soll unverzüglich zur Ausführung kommen.  
Die Regierung hat den Kammern mehrere wichtige Ge-

sez-Entwürfe vorgelegt. Einer derselben beabsichtigt die  
Einführung eines umfassenden Planes für den Primär-  
und Sekundär-Unterricht im ganzen Lande; ein anderer  
die allgemeine Erbauung von Chausseen. Auch zur Ver-  
besserung der Schifffahrt auf dem Tajo bei Santarem  
und zur Anlegung eines Kanals durch das Thal von  
Azambuja sollen den Cortes Vorschläge gemacht werden.  
Der Finanz-Minister endlich will nächstens seine Pläne  
zur Bildung eines allgemeinen Tilgungs-Fonds vorlegen.  
— In Porto ist es jetzt wieder ganz ruhig, und das  
Vertrauen, daß die Tarif-Unterhandlungen mit England  
bald zu befriedigendem Abschluß gelangen würden, hat  
den dortigen Handelsgeschäften neuen Aufschwung ge-  
geben.

**Niederlande.**

Haag, 22. März. Der Graf von Nassau  
befindet sich ganz wohl, doch ist das Gerücht von einer  
Reise Seiner Majestät nach Berlin vorerst noch un-  
wahrscheinlich.

**Schweiz.**

Luzern. Die „Katholische Staatszeitung“ schreibt:  
„Schon vor einigen Wochen vernahmen wir aus den  
geheimen Tiefen des Radikalismus in Luzern das Ge-  
rücht, die Radikalen seien gesonnen, sofern das neue  
Preßgesetz angenommen werde, sich offen für den Pro-  
testantismus zu erklären. Den letzten Zweifel über  
die Gewißheit dieses geheimen Planes benimmt uns end-  
lich die letzte Nummer des „Eidgenossen“ von Luzern.“  
Wirklich erklärt darin Hr. Steiger, daß wenn das neue  
Preßgesetz in seiner vollen Strenge ausgeführt werden  
sollte, er der Erste sein werde, der zur evangelischen  
Confession übertreten werde, und er zweifle nicht,  
es würden dem Beispiele eine große Zahl liberaler Fa-  
milien folgen und den Canton zu einem paritätischen  
umwandeln.

**Griechenland.**

Athen, 12. März. Vor einigen Tagen ist zum  
erstenmale ein Schiff unter Oldenburgischer Flagge,  
die Demuth, Capitain Dtmans von Eisleth, in den  
griechischen Gewässern erschienen und mit einer Stein-  
kohlenladung im Pæus eingelaufen. Von dort geht  
es nach Santorin, um Wein einzunehmen. Da dieser  
Artikel wegen des erhöhten Eingangszolls in Rußland  
nicht mehr dahin geführt werden kann, so wollen die  
Santoriner einen neuen Markt suchen und sehen, ob ihr  
herrlicher Traubensaft vielleicht in Hamburg und Bremen  
anzubringen sei. — Zwischen Griechenland und Holland  
ist ein Handelsvertrag abgeschlossen worden, und Se.  
Maj. der König Otto hat dem Könige der Niederlande das  
Großkreuz des griechischen Erlöser-Ordens überfendet.  
(Allg. Z.)

**Osmanisches Reich.**

Konstantinopel, 15. März. Die Pforte hat  
mittels einer vom Minister der auswärtigen Angelegen-  
heiten an den Pfortendolmetsch gerichteten Instruktion  
die Repräsentanten der fünf Großmächte in Kenntniß  
gesetzt, daß sie beschlossen habe, den Distrikt von Dsch-  
bail im Libanon, dessen Verwaltung von Esad  
Pascha einem muslimännischen Delegirten anvertraut  
worden war, nunmehr dem vom Kaimakam der Ma-  
roniten administrierten Gebiete einzuverleiben. — Der  
unlängst als Bevollmächtigter der Pforte nach Erze-  
rum abgesandte Nuri Efendi ist am 1. d. M. da-  
selbst an den Folgen eines Schlagflusses mit Tode ab-  
gegangen. — Der bekannte Seraslu Zussuf Pascha,  
welcher die letzten Jahre seines Lebens auf seinen Land-  
gütern zugebracht hat, ist ebenfalls gestorben. — Die  
Pest, welche in Syrien nicht unbedeutende Fortschritte  
gemacht hatte, hat in neuester Zeit wieder nachgelassen.  
(D. B.)

Alexandria, 6. März. Der Vicekönig hat uns  
wieder verlassen, um sich nach Unter-Egypten zu be-  
geben, wohin am Tage zuvor auch Said Pascha abgereist  
war. Ibrahim Pascha hält sich abwechselnd in den  
Dörfern des Delta und auf seinen Gütern auf. — Die  
Berichte aus dem Innern lauten über den Stand der  
Saaten sehr befriedigend, und es steht eine überaus ge-  
segnete Getreide-Ernte zu erwarten. — Prinz Albrecht,  
Bruder Sr. Maj. des Königs von Preußen, welcher  
unter dem Namen eines Grafen v. Ravensberg in Be-  
gleitung des Generals v. Klär am 24ten v. M. hier  
eingetroffen war, wurde mit aller seinem hohen Range  
gebührenden Auszeichnung vom Vicekönige empfangen  
und zu einem Diner eingeladen, das der erlauchte Prinz  
angenommen hat. Sr. K. Hoheit hat sich nach Cairo  
begeben und wird binnen einigen Tagen zurück erwartet.  
(Allg. Z.)

**Amerika.**

Trotz des Frieden-Circulars, welchen der Präsident

Boyer auf Hayti am 2. Februar in Bezug auf eine  
vollständige Unterdrückung der Insurrection erlassen,  
scheint die Revolution auf Hayti keinesweges gedämpft.  
Von dem Kapitän des Schiffes Dunkerfoin sind Be-  
richte nach Havre gebracht. Die Bewegung, welche am  
20. Jan. stattfinden sollte, ist auf den 2. Febr. verlegt  
worden. General Herard, der Anführer der Insurgente-  
n, ist von Capes nach Jeremie abgegangen, wo eine  
provisorische Regierung eingesetzt worden. 8000 M.  
sind gegen Port-au-Prince aufgebrochen, welches drei  
Tugereifen von Jeremie entfernt ist. Nicht ein Flinten-  
schuß soll zu Gunsten des Präsidenten Boyer gefallen  
sein. Die Rebellen sind 10,000 M. stark und nehmen  
noch zu. General Boyer sucht in einem Rundschreiber  
den Aufruhr als unbedeutend darzustellen. Im Süden  
und im Osten gewinnt die Insurrection an Umfang.  
Die Jugend gehört den Insurgenten an; sie will den  
Präsidenten Boyer stürzen. Zwei columbische Offiziere  
stehen an ihrer Spitze; auch haben sie die Fahne dieser  
Republik aufgezogen.

Die Staaten Guatemala, Honduras, Nicara-  
gua und el Salvador haben in dem Wunsche, die  
innigen Beziehungen, welche sie vereinigen, noch enger  
zu knüpfen und zu befestigen, einen Unions-Ver-  
trag geschlossen.

**Mannigfaltiges.**

— Aus Berlin, 29. März: „Gestern Abend  
machte Herr Treutler aus Schlessen mit seinem  
neuerfundenen Nachtelegraphen Versuche auf der An-  
haltischen Eisenbahn, welche zur vollkommensten Zufrie-  
denheit ausfielen. Derselbe spielte in roth, grün und  
lichtfarbe so klar und rein, daß man auf 300 Ruthen  
Länge ganz deutlich jede Bewegung erkennen konnte.“

— Seit einiger Zeit treibt ein gewisser Miller, der  
sich den hochtrabenden Titel eines Propheten beilegt,  
in New-York und in Philadelphia, wo er sich  
jetzt befindet, sein Unwesen. Derselbe predigt überall  
das in nächsten Monat April bevorstehende Ende der  
Welt. Zu Philadelphia hat er sonderbarerweise das chri-  
stliche Museum zum Schauplatz seines Wirkens ge-  
wählt. Dort hält er seine Predigten, und mehr als  
7000 Zuhörer drängen sich, wie man vernimmt, herbei,  
ihn zu hören, und seine Predigten haben einer Anzahl  
von Frauen die Köpfe verdreht, welche ihre ganze Sorg-  
falt um ihr Hauswesen, wie man so zu sagen pflegt,  
an den Nagel hängen, ja theilweise selbst ihr ganzes  
Mobilien-Besitzthum verkaufen, nur um den Propheten  
folgen und aufs Ende der Welt sich würdig vorbereiten  
zu können. Gott schütze den Propheten Miller, wenn  
im nächsten April das Ende der Welt ausbleibt, sonst  
könnte er mit allen seinen Prophezelungen seinen Hals  
aufs Spiel gesetzt haben.

— Aus München meldet man: „Am 23. März  
bot unsere Ludwigs-Strasse einen interessanten Anblick,  
denn ihre weiten Räume waren mit Personen aus al-  
len Ständen gefüllt, die herbeigeströmt, um hier neue  
Schauspiel eines „Corso“ zu sehen. Außer den Wa-  
gen der Herrschaften, die daran Theil nahmen, waren  
etwa achtzig Equipagen in Bewegung, darunter viele  
durch Eleganz und Geschmac ausgezeichnet. Dieser  
Corso, für den sich unsere Ludwigs-Strasse so vorzugs-  
weise eignet, wird sich von Zeit zu Zeit wiederholen.“

— Am 25. März gaben die Mitglieder des Dres-  
deners Hoftheaters, an der Spitze ihres Intendanten,  
der Madame Schröder-Devrient, welche am ersten  
April diese Bühne verläßt, ein glänzendes Abschiedsfest.

Breslau, 31. März. Dem Vernehmen nach be-  
absichtigt der königl. schwedische Hoffänger, Herr Kon-  
niger, der sich seit einiger Zeit seiner Gesundheit we-  
gen hier aufhält, den vielseitig an ihn ergangenen Wün-  
schen zu genügen, und im Laufe der nächsten Woche  
ein Concert zu geben. Er vereinigt einen seltenen Um-  
fang der Stimme mit tüchtiger Gesangsbildung und  
dramatischem Vortrage, und verdient also aus mehrfa-  
chen Gründen gehört zu werden. Mögen diese Zeilen,  
die denen, die ihn kennen, eine gewiß sehr willkommene  
Nachricht bringen, auch dazu dienen, auf ihn aufmerk-  
sam zu machen und dem beabsichtigten Concert eine  
recht große Theilnahme zu verschaffen. Er wird sicher  
auch dort den Beifall ernten, der ihm bereits in eini-  
gen Privatirkeln in reichem Maaße geworden ist.  
J.

Redaktion: E. v. Baerß und H. Barth.

Verlag und Druck von Graf, Barth u. Comp.





